

Jules Gheude spricht über die vermeintlichen Fehler der DG in Sachen Interessenkonflikt und die schwindenden Chancen für einen Einheitsstaat

# »Es kommt so oder so zu einem Crash«

■ Von Nathalie Wimmer

**Die Einleitung eines Interessenkonflikts zu Brüssel-Halle-Vilvoorde durch das Parlament der DG hat im Inland hohe Wellen geschlagen. Die Reaktionen sind unterschiedlich: erleichtertes Aufatmen oder erboste Entrüstung.**

Das Grenz-Echo sprach mit dem bekannten politischen Essayisten Jules Gheude über die Thematik von Brüssel-Halle-Vilvoorde. Er arbeitete in den 70er Jahren im Kabinett des Ministers François Perin (RWF) und war Mitbegründer der PRLW (Parti des réformes et de la liberté de Wallonie). Gheude hat sich unter anderem auf die flämische Presse spezialisiert. Außerdem hat er mehrere Werke über die Gemeinschaftsproblematik in Belgien geschrieben. Sein letztes Buch ist gerade unter dem Titel »Quand les Wallons s'éveilleront...« im Mols-Verlag erschienen (siehe Artikel unten).

**Was halten Sie davon, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft den Interessenkonflikt in Sachen Brüssel-Halle-Vilvoorde anstrenge?**

Ich glaube, die Deutschsprachigen haben einen schweren Fehler begangen, indem sie diese Prozedur eingeleitet haben. Auch der vierte Interessenkonflikt in dieser Sache wird nämlich meiner Meinung nach zu keinem Resultat führen.

**Was lässt Sie zu dieser Überzeugung kommen?**

Während der 120 Tage werden sich die gefestigten Positionen der Flamen und Wallonen nicht verändern. In dem Dossier liegen die Meinungen so weit auseinander, dass sie einfach unvereinbar sind. Das ist das Aufeinanderprallen des so genannten Territorialitätsrechts und des Personalitätsrechts, das schon seit Dekaden an der Basis unseres Gemeinschaftskonflikts steht und wofür noch nie eine Lösung gefunden wurde. Die Frankophonen stellen in Sachen BHV zwei Bedingungen: Zum einen wollen sie die Erweiterung Brüssels. Zum anderen verlangen sie die Ernennung der drei Bürgermeister aus den Randgemeinden. Die Flamen hingegen verstehen die Sprachgrenzen wie Territorialgrenzen und wollen nicht, dass Veränderun-

gen an ihrem Territorium vorgenommen werden. Ministerpräsident Lambert war doch als Königlicher Vermittler tätig und ist bei der Aufgabe, eine Lösung für die Gemeinschaftsproblematik zu finden, auf keinen grünen Zweig gekommen. Wie soll also jetzt hier, wie durch Zauberhand, in so kurzer Zeit eine Lösung gefunden werden?

**Wie wird sich die Situation also Ihrer Meinung nach weiterentwickeln?**

Wenn die 120 Tage vorüber sind und keine Lösung gefunden wurde, dann bleibt die unwahrscheinliche Möglichkeit, dass das Brüsseler Parlament einen fünften Interessenkonflikt anmelden wird. Ich glaube aber eher, dass der Gesetzestext zur Spaltung von BHV von den Flamen durchgeboxt wird. Die Wallonen werden sich dagegen aufbäumen, und die Regierung wird stürzen. Die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes hat aber festgelegt, dass eine Lösung für das Problem gefunden werden müsse. Ohne Lösung sind alle Wahlen verfassungswidrig. Das heißt, es gibt eine Regierungskrise und keine Möglichkeit, Neuwahlen zu organisieren. Aber ein Land ohne Regierung, das unfähig ist, Neuwahlen durchzuführen, ist ein inexistentes, ein implodiertes Land.

**Das sind sehr düstere Prognosen...**

Ich finde, man sollte die Menschen auf die Hypothese vorbereiten, dass das Land sich zerschlägt. Es ist nicht wünschenswert, aber man sollte sich Gedanken darüber machen. Ich bin seit Ende der 60er Jahre für eine Einführung des föderalen Systems in unserem Land. Aber wir sind von Krise zu Krise weiter gestolpert. Man hat zu lange gewartet. Erst 1993 wurde der Termin »Föderalstaat« in die Verfassung integriert. Da war es schon zu spät. Wenn man sagt, der Föderalismus ist an seine Grenzen gestoßen, dann stimmt das, denn Flandern benimmt sich nicht mehr wie ein Gliedstaat, sondern wie ein Nationalstaat. Daran ist niemand Schuld, das ist eine einfache Tatsache.

**Welche Folgen hat das konkret?**

Man kann eine Beziehung - bei einem Paar genau wie bei einem Staat - nicht aufrechterhalten, wenn einer der Beteiligten eine andere Zukunftsvision hat. Zu einem gewissen Zeitpunkt müssen die Konse-



Jules Gheude sieht die Initiative der DG bei der Anmeldung eines Interessenkonflikts mit skeptischem Auge, er ist der Meinung, sie sei ein Fehler.

quenzen gezogen werden.

**Das heißt, Sie stufen die Chancen für den Weiterbestand Belgiens, wie es im Moment existiert, als sehr gering ein. Wird es Belgien als ein geeintes Land überhaupt in Zukunft noch geben?**

Das ist unmöglich! Und gerade deshalb denke ich, dass es wichtig ist, sich mit der Tatsache auseinanderzusetzen - auch auf politischer Ebene: Regieren heißt voraussehen.

**Wie stehen Sie der flämischen Haltung gegenüber?**

Ich versetze mich in die Situation der Flamen. Sie führen Flandern wie einen Betrieb - einen sehr gut laufenden Betrieb. Sie haben es geschafft, vor der Krise den Schuldenberg abzubauen, und auch jetzt wollen sie ihren Haushalt innerhalb von zwei Jahren wieder ins Gleichgewicht bringen - ich bin sicher, sie werden es schaffen. Seit zehn Jahren arbeiten sie daran, mehr Autonomie für Flandern zu erhalten. Und immer wieder stoßen sie auf die Abwehrhaltung der Frankophonen, die Nein sagen. Ich verstehe, dass die Flamen da verrückt werden. Wenn BHV also zum Crash führt, haben sie die demokratische Legitimität, die Geburtsstunde eines selbstständigen Flanderns einzuläuten. Das

Szenario der Doku-Fiktion »Bye bye Belgium« von 2006 kann sehr schnell Realität werden.

**Die meisten Ostbelgier fühlen sich Belgien sehr verbunden und sehen einer Spaltung des Landes mit Schrecken entgegen. Sind sie also »altmodisch«?**

Ich verstehe dieses Gefühl. Aber ich glaube, die Bemühungen um die Aufrechterhaltung des Einheitsstaates sind ein Kampf auf verlorenem Posten. Mut in der Politik bedeutet auch, der unausweichlichen Wahrheit ins Gesicht zu blicken. Diese Wahrheit muss auch den Bürgern gesagt werden. Ich bin der festen Überzeugung, nichts und niemand wird die Flamen daran hindern können, sich abzuspalten. Die Ostbelgier haben zwar dieses tiefe Zugehörigkeitsgefühl zu Belgien. Aber in der Problematik der Brüsseler Randgemeinden ist die DG nicht wirklich tangiert.

**Das wäre dann schon der zweite Fehler, den die Parlamentarier der DG begangen haben?**

Ja, genau. Zum einen wurde der sinnlose Aufschub von 120 Tagen gewährt, zum anderen ist die DG eigentlich nicht in der Position, den Interessenkonflikt anzumelden. Tatsächlich hängen die Deutschspra-

chigen an Belgien, und sie wollen nicht, dass eine Regierungskrise den Staat ins Wanken bringt. Ministerpräsident Lambert sagte sogar, er wolle Premierminister Herman Van Rompuy helfen, ihm mehr Zeit geben, um eine Lösung zu finden. Aber gerade Van Rompuy hat doch die Gesetzesvorlage zur Spaltung von BHV mitunterzeichnet. Es ist also einfach ein etwas surrealistischer Zustand. Die DG war vorher in der sehr komfortabel Lage, sich mit allen gut zu verstehen. Aber jetzt hat sie die Flamen gegen sich aufgebracht. Die flämischen Zeitungen sprechen Bände darüber. Und im eigentlichen Sinne ist die DG in dieser Sache nicht direkt betroffen. Ich glaube nicht, dass es eine gute Strategie war, den Interessenkonflikt einzuleiten. Ich verstehe einfach nicht, warum die DG das getan hat. Das ist eines der belgischen Mysterien. Ich sage es noch einmal: Dieser Aufschub von vier Monaten wird die Angelegenheit nicht bereinigen. Es ist reiner Zeitverlust.

**Bei der Parlamentsdebatte zur Einleitung des Interessenkonflikts hat der DG-Parlamentarier Gerhard Palm (ProDG) sich für eine Aufhebung der Spracherleichterungen stark gemacht. Wie stehen Sie dazu?**

Ich unterstütze - gerade als

Germanist - das Erlernen von Sprachen. Ich kann mir aber auch vorstellen, dass es bei der Einführung der Sprachgrenzen in den Jahren 1962 und 1963 bestimmt Leute gab, die sich plötzlich in Flandern befanden, ohne ein Wort Flämisch zu sprechen. Dass es also zu dieser Zeit zu der Einführung von Spracherleichterungen kam, ist verständlich und stört mich gar nicht. Aber man hätte damals die Frage stellen sollen, ob diese Spracherleichterungen unbefristet aufrechterhalten bleiben sollen. Man hätte sie nur eine oder zwei Generationen anwenden sollen, um den Menschen eine Anpassung zu erleichtern. Aber jetzt wissen die Frankophonen doch ganz genau, wohin sie ziehen, wenn sie beschließen, in Flandern leben zu wollen. Sie sollten sich also anpassen. In diesem Punkt verstehe ich die Flamen.

**Was sollten die Politiker also tun?**

Meiner Meinung nach kommt es durch die Problematik um BHV so oder so zu einem Crash - entweder früher oder später. Und wir haben schon genug Zeit verloren. Ich denke, es ist besser, direkt dorthin zu kommen, um es ein für alle Mal über die Bühne zu bringen. Man sollte sich an einen Tisch setzen und über die Aufteilung des Staates verhandeln.

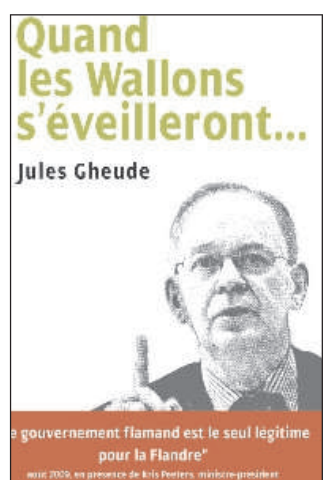
Jules Gheudes neues Buch

## »Wenn die Wallonen erwachen«

Das gerade erschienene Buch des Politik-Essayisten Jules Gheude mit dem Titel »Quand les wallons s'éveilleront...« beinhaltet zahlreiche Zitate und Stellungnahmen von Politikern, Journalisten, Uniprofessoren aus Belgien und Frankreich. Es ist eine Fundgrube zum Thema Belgien. Es gibt Hinweise dazu, was manche Intellektuelle im In- und Ausland über Belgien und sein Zukunft denken. Einige Aussagen:

■ José-Alain Fralon, Korrespondent der französischen Zeitschrift »Le Monde«: »Die Messe ist gelesen. Genau wie der Aralsee ist Belgien dabei, schleichend zu verdunsten.«

■ Die englische Zeitung »The Economist« schrieb 2007, dass Belgien nicht mehr notwendig sei: »The job is done.«



Das Cover des neuen Werks von Jules Gheude.

■ Vincent de Coorebyter, Leiter des Crisp (Zentrum für so-

zio-politische Forschung und Information), erklärte, die Bevölkerung spüre, dass die Föderalpolitik seit fünf Jahren nicht mehr vorankomme.

■ Jean Quatremer, Korrespondent von »La Libération« spricht im Juni 2009 von einer enthemmten flämischen Rechten, bei der die Verbundenheit zu Belgien von Tag zu Tag abnimmt.

Laut dem Autor kann nichts und niemand mehr Flanderns Abspaltung aufhalten. In seinem Buch liefert er daher Vorschläge und Szenarien dafür, wie die Wallonie auf diese Situation mit Würde und Überlegung reagieren kann.

Jules Gheude: »Quand les wallons s'éveilleront...«, Mols-Verlag, 2009

ZUR PERSON

## Gemeinschaftspolitik im Fokus

Jules Gheude wurde 1946 in Braine l'Alleud geboren. Seine Jugend verbrachte er mit seiner Familie in Paris, wo sein Vater im Auftrag der belgischen Bahngesellschaft arbeitete. Er studierte Germanistik und ging 1969 in das Unterrichtswesen. Er war einer der Mitbegründer der PRLW (Parti des réformes et de la liberté en Wallonie). Ab 1974 arbeitete er im Kabinett des Ministers François Perin, zuständig für institutionelle Reformen. Gheude war als Pressesprecher für Jean Gol und Louis Michel tätig, als diese die Präsidentschaft des PRLW inne hatten. Der politische Essayist hat mehrere Bücher zum Thema Belgien veröffentlicht. Er ist spezialisiert



Jules Gheude

auf die belgische Gemeinschaftsproblematik. Gemeinsam mit drei Mitstreitern hat er zu einem Forum aufgeru-

fen, das im Mai 2008 an der Universität von Lüttich abgehalten wurde (»Etats généraux de Wallonie«). Es ging darum, sich mit der Zukunft Belgiens und der Wallonie auseinander zu setzen. Zum Abschluss der Versammlung wurde ein Wahlgang abgehalten, um herauszufinden, wie die Teilnehmer die Zukunft der Wallonie im Falle einer Landesspaltung, die für Gheude unausweichlich ist, sehen. 74,4% der Beteiligten sprachen sich für einen Anschluss der Wallonie an Frankreich aus. 16,2% waren für eine Unabhängigkeit der Wallonie, und neun Prozent tendierten zu einer Verbindung der Wallonie mit Brüssel. (nawi)